

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2016

**DER DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung	4
B 134. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 17. – 23. März 2016 in Lusaka/Sambia	5
1. Eröffnungsfeier.....	5
2. Teilnahme.....	5
3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	6
4. Hauptthema der Versammlung: <i>Rejuvenating democracy, giving voice to youth</i>	7
5. Standing Committee on Peace and International Security.....	8
6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade.....	9
7. Standing Committee on Democracy and Human Rights.....	9
C Sitzung des Interparlamentarischen Rats	10
1. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union.....	10
2. Die finanzielle Lage der IPU.....	10
3. Umsetzung der IPU-Strategie 2012 - 2017.....	10
D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	11
E 135. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 21. – 27. Oktober 2016 in Genf	11
1. Eröffnungsfeier.....	11
2. Teilnahme	11
3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	11
4. Hauptthema der Versammlung: <i>Human rights abuses as precursors of conflict: Parliaments as early responders</i>	13
5. Standing Committee on Peace and International Security.....	13
6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade.....	14
7. Standing Committee on Democracy and Human Rights	14

F	Sitzung des Interparlamentarischen Rats	15
	1. Mitgliedschaft und ständige Beobachter bei der IPU.....	15
	2. Die finanzielle Lage der IPU.....	15
	3. Budget für das Jahr 2017.....	15
	4. IPU-Strategie 2017 – 2021.....	15
	5. Künftige interparlamentarische Konferenzen.....	16
G	Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus	16
H	Schlusswort	16

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveränen Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 171 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstatter/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (Beitrag Liechtenstein für das Jahr 2016 ca. CHF 11'600).

Das **Sekretariat der IPU**, mit Sitz in Genf, ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin)
- Stv. Landtagsabgeordneter Helmuth Büchel (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Wolfgang Marxer (stv. Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Pio Schurti (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (Delegationssekretärin)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste tagte vom 17. – 23. März in Lusaka/Sambia, die zweite vom 21. – 27. Oktober in Genf. An beiden Sitzungen war die Delegation inkl. Delegationssekretärin vertreten.

Kostenaufwand der Delegation per 2016

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder u. Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 28'126.65.

B 134. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 17. – 23. März 2016 in Lusaka/Sambia

1. Eröffnungsfeier

Die offizielle Eröffnungsfeier der 134. Versammlung der Interparlamentarischen Union fand am Abend des 19. März 2016 im Regierungsgebäude in Anwesenheit des Präsidenten der Republik Sambia, Herrn Edgar Chagwa Lungu, statt, der eine Begrüssungsansprache hielt und alle Delegierten willkommen hiess. Er erläuterte die Entwicklung Sambias von einem politischen Ein- in einen Vielparteienstaat und bekannte sich klar zu Demokratie, Frieden und einer verantwortungsvollen Regierungsführung. Weiter sprachen Herr Patrick Matibini, Sprecher der Nationalversammlung von Sambia, sowie Herr Saber Chowdhury, Präsident der Interparlamentarischen Union, einige Begrüssungsworte.

2. Teilnahme

Parlamentsdelegationen aus 126 Ländern nahmen an der Versammlung teil. Von den 1'227 teilnehmenden Delegierten waren 634 Mitglieder eines nationalen Parlaments. Unter den Parlamentariern befanden sich 36 Parlamentspräsidenten und 38 Vizepräsidenten. Liechtenstein war durch die Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin) und den stv. Abgeordneten Helmuth Büchel (Delegationsmitglied) sowie die Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten.

3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Am 20. März informierte der Präsident die Versammlung, dass die folgenden vier Vorschläge für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum vorliegen:

- *Completing the process for international recognition of a viable, independent and sovereign Palestinian State, with East Jerusalem as its capital: The role of parliaments*, vorgeschlagen von Marokko;
- *Human trafficking: An act of terrorism, a grave violation of human rights and human dignity, and a threat to regional and international peace and security*, vorgeschlagen von Sudan;
- *Parliamentary powers in democracies and the importance of the oversight function*, vorgeschlagen von Bolivien und Venezuela; sowie
- *Giving an identity to the 230 million children without a civil status: One of the major challenges of the humanitarian crisis in the 21st century*, vorgeschlagen von Frankreich und Uruguay.

Die Delegationen von Marokko sowie Bolivien und Venezuela zogen ihre Vorschläge noch vor der Wahl zurück. Die Versammlung stimmte zugunsten des Vorschlags von Frankreich und Uruguay ab und nahm dieses Thema somit in die Traktandenliste auf.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

230 Millionen Kindern ohne zivilrechtlichen Status eine Identität geben: Eine der grössten Herausforderungen der humanitären Krise im 21. Jahrhundert

Das dringliche Nachtragstraktandum wurde am Morgen des 21. März 2016 behandelt. Vor der Debatte machte Frau L. Dumont aus Frankreich, Co-Autorin des Vorschlags, eine kurze Präsentation zum Thema und wies die Parlamentarier auf alarmierende Zahlen hin: mehr als 230 Millionen Kinder unter fünf Jahren seien ohne Identität. Sie ersuchte die anwesenden Abgeordneten, zusammen mit den zuständigen Regierungsverantwortlichen ein besseres Registrierungssystem für Kinder einzurichten, kostenlose Geburtsscheine aus- und entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen. Sie unterstrich die Notwendigkeit, den Registrierungsprozess für alle Staatsbürger zu vereinfachen, ungeachtet dessen, wo sie lebten.

Anlässlich der Debatte waren sich die Redner einig, dass alle Kinder, insbesondere jene, die von Krieg und Konflikten betroffen sind, ordnungsgemäss registriert werden sollten und somit von den ihnen zustehenden Rechten im späteren Leben Gebrauch machen könnten. Hierbei dürfe es keine Diskriminierung in Bezug auf Rasse, Ethnie oder Religion geben. Kinder in dieser Situation müssten jede mögliche Hilfe und Unterstützung erhalten. Eine Delegierte wies auf den IPU-UNICEF-Parlamentarierworkshop zum Thema „Recht auf Identität: Förderung der allgemeinen Geburtenregistrierung in Lateinamerika und der Karibik“, durchgeführt im Juni 2013 in Peru, hin. Damals sicherten die Teilnehmer zu, sich für entsprechende Verbesserungen einzusetzen.

Der Vorsitzende drückte zum Schluss der Debatte seine Hoffnung aus, dass die hierzu verfasste Resolution dazu beitrage, dass die Parlamente aktiv würden und entsprechende Massnahmen baldmöglichst umsetzten. Die Versammlung übertrug das dringliche Nachtragstraktandum zur weiteren Behandlung an einen Redaktionsausschuss (bestehend aus Vertretern von Bahrain, Kanada, Côte d'Ivoire, Frankreich, Island, Iran, Malaysia, Mexico, Tansania und Uruguay) und nahm anlässlich ihrer Sitzung vom 22. März die Resolution einvernehmlich an.

[Resolution siehe Beilage]

4. Hauptthema der Versammlung: Rejuvenating democracy, giving voice to youth

Die Generaldebatte wurde von zahlreichen hochrangigen Rednern, inklusive dem Sprecher der Nationalversammlung von Sambia, eröffnet. Dieser betonte die Wichtigkeit der Mitwirkung der Jugend bei Entscheidungen auf nationaler Ebene. Er wies auf die Notwendigkeit hin, jugendkonforme Strukturen in den Parlamenten zu schaffen und jungen Parlamentariern mehr Entscheidungsbefugnisse zu übertragen. Die Beteiligung der Jungen auf allen Ebenen der Staatsführung würde zudem das Verantwortungsbewusstsein fördern und deren Selbstbewusstsein stärken.

Frau M. Mensah-Williams, Sprecherin des Nationalrates von Namibia und Präsidentin des „IPU Coordinating Committee of Women Parliamentarians“ wies darauf hin, dass Demokratien konstant erneuert und verbessert werden müssten. Sowohl Frauen als auch junge Menschen unter 30 seien immer noch untervertreten. Vor allem Frauen würden oft aufgrund von Geschlechterdiskriminierung von ihren politischen Rechten abgehalten. Um jungen Frauen den Zugang ins Parlament zu öffnen, müsse der Status Quo geändert werden, d.h. bestehende Praktiken hinterfragt und Barrieren abgebaut werden. Die Aussage, dass Politik etwas für alle sei, sollte gezielt gefördert werden, z.B. durch die Hinterfragung von bestehenden Prozessen, Arbeitsabläufen, Infrastrukturen, Arbeitskulturen etc. Dies würde ihrer Meinung nach die Demokratie in der momentanen anspruchsvollen und herausfordernden Zeit enorm stärken.

Herr V. Gapsys aus Litauen, Mitglied des Ausschusses des IPU-Forums „Young Parliamentarians“, machte auf die paradoxe Situation aufmerksam, dass einerseits die Entwicklung von demokratischen Institutionen zunehme, andererseits aber das Vertrauen der Öffentlichkeit und insbesondere auch der Jungen in diese Institutionen abnehme. Dieses Paradox habe u.a. auch damit zu tun, dass sich Demokratien nicht an die veränderten Lebens- und Kommunikationsweisen angepasst hätten. Die neuen Technologien müssten genutzt werden, um die Demokratie den Menschen näher zu bringen. Gerade junge Menschen könnten hier eine wichtige Rolle übernehmen. Allerdings würden hier einige Hürden bestehen. Junge Menschen seien zu wenig vertreten in den Parlamenten, sie seien oft frustriert von einem System, das ihre Interessen nicht vertrete. Das IPU-Forum der „Young Parliamentarians“ habe Empfehlungen ausgearbeitet, wie der Anteil von jungen Menschen in politischen Gremien erhöht bzw. wie das Interesse der Jungen für die Politik geweckt werden könnte. Jung und Alt sollten zusammenarbeiten, damit eine Demokratie für alle entstehen könne.

Frau A. King aus Neuseeland unterstrich in ihrer Funktion als amtierende Präsidentin des Ständigen Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte die Notwendigkeit, dass junge Menschen in den Parlamenten besser vertreten sein sollten. In einem digitalen Zeitalter mit sich ständig weiterentwickelndem Umfeld würden Qualifikationen, die man sich heute erwerbe, im Jahr 2025 obsolet sein. Die jungen Menschen von heute würden mit immer neuen Belastungen wie finanzielle Ungewissheit, Gewalt, Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichbehandlung konfrontiert. Dieser unsägliche Mix von Desillusionierung, Entfremdung und Misstrauen, der sich unter jungen Menschen entwickelt habe, werde begleitet von der Unfähigkeit der Parlamente, sich gerade um diese Belange zu kümmern. Junge Menschen wollten Transparenz und Überschaubarkeit, die Bekämpfung von Korruption und eine gerechte und nachhaltige Entwicklung. Es gebe bereits einige Bemühungen in diese Richtung, wie z.B. die Gründung der Jugendparlamente etc. Aber es seien noch viel mehr Bemühungen notwendig.

Weitere Redner wie Herr A. Alhendawi, der Jugendbeauftragte des UNO-Generalsekretariats, Frau Y. Chaka Chaka, Künstlerin und UNO-Botschafterin, Herr V. Nayak, Student und Mitarbeiter beim Wahlkampfkomitee von Barack Obama sowie Frau C. Phiri, eine junge Rekordhalterin im Boxen aus Sambia, sprachen zum vorliegenden Thema. Im Ganzen meldeten sich während der dreitägigen Debatte Vertreter von 95 Parlamenten, vier assoziierte Mitglieder und sechs ständige Beobachter zu Wort. Die Diskussion ermöglichte den Teilnehmern, Ansichten und Möglichkeiten auszutauschen, wie das Interesse der jüngeren Generation in der Politik allgemein und im speziellen in den Parlamenten besser wahrgenommen und umgesetzt werden könnte.

5. Standing Committee on Peace and International Security

Der Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit hielt mit Herrn R. Tau aus Südafrika als Vorsitzenden vom 20. bis 22. März vier Sitzungen ab. An der ersten Sitzung wurde ein Bericht und der Entwurf einer Resolution mit dem Titel „*Terrorism: The need to enhance global cooperation against the threat to democracy and individual rights*“ behandelt, der von den Co-Berichterstatlern Frau C. Guittet (Frankreich) und Herrn K. Hari Babu (Indien) zusammen ausgearbeitet wurde. Ausserdem wurden 95 Ergänzungsvorschläge zu einem Beschlussentwurf diskutiert, die von 17 Parlamentsabgeordneten sowie vom „Meeting of Women Parliamentarians“ übermittelt wurden. Ca. die Hälfte der Vorschläge wurde übernommen und zahlreiche weitere Vorschläge wurden ebenfalls akzeptiert.

Das Büro traf sich am 21. März, um über das nächste zu behandelnde Thema und das zukünftige Arbeitsprogramm zu diskutieren. Vier Vorschläge wurden eingereicht und besprochen. Das Büro beschloss, dem Komitee den Vorschlag von Russland vorzuschlagen, allerdings mit einem abgeänderten Titel. Das Komitee war damit einverstanden, dass die neue Resolution den Titel „*The role of parliament in the prevention of external interference in the internal affairs of sovereign States*“ haben wird.

An der Sitzung vom 22. März verabschiedete das Komitee den überarbeiteten Text einstimmig. Der Entwurf der Resolution wurde am Nachmittag des 23. März an die Versammlung übermittelt und auch von dieser einstimmig angenommen. An der vierten und letzten Sitzung wurden Bürowahlen durchgeführt, so wurden u.a. der Präsident

und der Vize-Präsident neu gewählt. Frau L. Rojas aus Mexico ist neue Präsidentin des Komitees, als Vize-Präsident wurde Herr D. Pacheco aus Portugal bestimmt.

6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade

Dem Ausschuss lag im Vorfeld seiner drei Sitzungen ein Resolutionsentwurf mit dem Titel „*Ensuring lasting protection against destruction and deterioration for the tangible and intangible cultural heritage of humanity*“, ausgearbeitet von den beiden Co-Rapporturen Herrn A. Destexhe aus Belgien und Herrn H. Kouskous aus Marokko, vor. Dazu wurden 169 Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge von 16 Parlamentsmitgliedern eingereicht. Nach der kurzen Präsentation der Resolution wurde das Thema diskutiert, 17 Redner ergriffen das Wort. Der Ausschuss beschloss daraufhin, das Thema nach Einarbeitung der ausdiskutierten Vorschläge durch die Co-Rapporturen erneut zu beraten. An der letzten Sitzung wurde die Resolution dann einstimmig verabschiedet und Herr A. Cissé aus Mali damit beauftragt, den Vorschlag der Versammlung zu präsentieren. Dieser wurde am 23. März einstimmig von der Versammlung angenommen.

Ebenfalls an seiner letzten Sitzung bestimmte das Komitee aufgrund des Vorschlags des Büros das kommende zu behandelnde Thema: „*Promoting enhanced international cooperation on the SDGs, in particular on the financial inclusion of women as a driver of development*“. Als Co-Rapporturen wurden Frau G. Cuevas aus Mexiko und Frau P. Mahajan aus Indien bestellt.

Zum Schluss wurde das Büro gemäss den Vorschlägen der geopolitischen Gruppen neu gewählt. Ebenso wurde Frau S. Tioulong aus Kambodscha als Präsidentin und Herr A. Cissé aus Mali als Vize-Präsident bestimmt.

7. Standing Committee on Democracy and Human Rights

Der Ausschuss tagte mit Herrn A. King aus Neuseeland als Vorsitzenden zweimal. An der ersten Sitzung genehmigte das Komitee das Thema der nächsten Resolution: „*The freedom of women to participate in political processes fully, safely and without interference: Building partnerships between men and women to achieve this objective*“. Der Vorsitzende ersuchte alle Mitglieder um ihren schriftlichen Input zum vorliegenden Entwurf.

An der zweiten Sitzung wurde zum Thema „*Open Parliaments: Building an association on accountability*“ eine Debatte geführt sowie die Wahlen für die vakanten Posten des Büros vorgenommen. Die Asien-Pazifik-Gruppe nominierte Herrn P. Wangchuk aus Bhutan, und die Zwölf Plus-Gruppe schlug Herrn J. Lacão aus Portugal vor. Beide Nominierungen wurden vom Komitee gutgeheissen. Vier weitere offene Posten wurden nicht besetzt. Nach der Sitzung des Ausschusses schlug die Asien-Pazifik-Gruppe noch Herrn A.Y. Desai aus Indien für einen der vakanten Sitze vor. Diese Nomination wurde dem Komitee aber erst für die 135. IPU-Versammlung übermittelt.

Der amtierende Präsident informierte das Komitee noch darüber, dass die geopolitischen Gruppen übereingekommen seien, dass der nächste Präsident des Ausschusses aus der Afrika-Gruppe gewählt werden soll. Da der entsprechende Vorschlag bis dato

nicht eingetroffen war, wurde diese Wahl gleichzeitig mit der Bestellung des Vizepräsidenten auf die 135. IPU-Versammlung verschoben.

C Sitzung des Interparlamentarischen Rates

[Einleitend gilt es festzuhalten, dass an der Sitzung des Interparlamentarischen Rates eine Vielzahl verschiedenster Themen beraten wurde. Die Aufzeichnung aller dieser Themen würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Nachstehend sind daher die nach Sicht der Delegation wesentlichsten Themen aufgeführt. Die weiteren Beratungsthemen können aus der beim Parlamentsdienst aufliegenden Traktandenliste entnommen werden.]

1. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union

An seiner Sitzung vom 20. März befürwortete der Rat die Wiederaufnahme der Parlamente von Ägypten und den Komoren sowie die Aufnahme des Parlaments von Guyana. Somit stieg die Zahl der IPU-Mitglieder auf insgesamt 170 Staaten an (Stand Frühjahr 2016).

2. Die finanzielle Lage der IPU

Dem Rat lag eine Übersicht der finanziellen Lage der IPU per 31. Januar 2016 vor. Er stellte fest, dass sich die Gesamthöhe der Ausgaben des vergangenen Jahres auf ca. 101% des budgetierten Betrages belief. Die noch ausstehenden Beitragsforderungen der Mitglieder betragen CHF 537'000, wovon 37 Länder im Zahlungsrückstand seien. Zwei Mitglieder (Kongo und Honduras) riskierten sogar, von der IPU ausgeschlossen zu werden, sollten sie die offenen Beiträge nicht bis zur kommenden Sitzung im Oktober 2016 beglichen haben. Aber es seien mehrere Zusagen bez. freiwilliger finanzieller Unterstützung von externen Gönnern gemacht worden.

3. Umsetzung der IPU-Strategie 2012-2017

Der Generalsekretär informierte den Rat über den Stand der Umsetzung der IPU-Strategie 2012-2017, welche bis zum Dezember 2016 abgeschlossen sein sollte. Als erste Strategie dieser Art überhaupt habe sich diese als erfolgreich und lohnenswert erwiesen. Anhand verschiedener praktischer Beispiele erläuterte der Generalsekretär, wie die Strategie konkret umgesetzt wurde. Er informierte zudem über die laufende Arbeit zur Weiterentwicklung der IPU-Strategie, welche die gemachten Erfahrungen berücksichtige. Ein Entwurf der überarbeiteten Strategie liege vor, Kommentare, Vorschläge etc. dazu könnten von den Mitgliedern bis zum 15. Juli 2016 beim IPU-Sekretariat eingereicht werden.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 134. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<http://www.ipu.org/conf-e/134/results.pdf>

D Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus hielt insgesamt drei Sitzungen ab, und zwar am 19., 21. und 23. März. Es wurden u.a. folgende Traktandenpunkte behandelt:

- a) Berichte diverser Arbeitsgruppen
- b) Wahlen in verschiedene Gremien
- c) Dringliches Nachtragstraktandum

E 135. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 21. – 27. Oktober 2016 in Genf

1. Eröffnungsfeier

Die 135. Versammlung der Interparlamentarischen Union wurde am Montag, 24. Oktober 2016 vom Präsidenten der IPU, Herrn Saber Chowdhury als Vorsitzenden, im Centre International de Conférence de Genève (CICG) eröffnet. In seiner Eröffnungsrede machte er Ausführungen zum Hauptthema der Versammlung (*Human rights abuses as precursors of conflict: Parliaments as early responders*). Ausserdem wies er auf die zu behandelnde IPU-Strategie 2017-2021 und die neu überarbeitete Webseite hin.

2. Teilnahme

An der Versammlung nahmen 141 Parlamentsdelegationen sowie sieben assoziierte Mitglieder und die Zentralafrikanische Republik als Beobachter teil. Von den 1487 anwesenden Delegierten betrug der Frauenanteil 32.9 %. Liechtenstein war durch die Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin) und den stv. Abgeordneten Helmuth Büchel (Delegationsmitglied) sowie die Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten.

3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Folgende Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *Helping to consolidate international peace and security through the recognition of a viable, independent and sovereign Palestinian State with East Jerusalem as its capital: The role of parliaments*, vorgeschlagen von Marokko
- *Respecting the separation of powers as an essential element of democratic systems and as a guarantee of the proper functioning of parliaments as unique institutions within democracies*, vorgeschlagen von Venezuela
- *Guaranteeing the safety of migrants on their way to countries of destination*, vorgeschlagen von Uganda

- *Addressing the South Sudan conflict: The role of parliaments in safeguarding peace and security*, vorgeschlagen von Kenia
- *The role of parliamentarians in protecting the principles of State sovereignty and State immunity from prosecution in the national courts of another State, and in preventing the adoption of unilateral legislation underminig these principles, which constitutes a violation of international law, international treaties and the Charter of the United Nations* , vorgeschlagen von den Parlamenten des Golfkooperationsrates (Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudiarabien, und Vereinigte Arabische Emirate)
- *The war and the severe humanitarian situation in Syria, particularly in Aleppo*, vorgeschlagen von Deutschland und Mexico
- *The role of parliaments in combating terrorism for sustainable peace, security and development*, vorgeschlagen von Bangladesch
- *Restoring peace and security in Syria: The contribution of the Inter-Parliamentary Union*, vorgeschlagen von Russland und Syrien

Die Delegationen von Bangladesch, Uganda und Venezuela zogen ihre Vorschläge noch vor der Wahl zurück. Syrien sprach sich gegen den Vorschlag von Deutschland und Mexico, Kanada gegen denjenigen von Russland und Syrien aus.

Die Versammlung führte daraufhin eine namentliche Abstimmung über die 5 verbleibenden Vorschläge durch. Eine Mehrheit gab dem Vorschlag von Deutschland und Mexico seine Stimme, dieses Thema wurde demzufolge in die Traktandenliste aufgenommen.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Der Krieg und die dramatische humanitäre Lage in Syrien, insbesondere in Aleppo

Frau C. Roth aus Deutschland, Co-Autorin des gemeinsam mit Mexico ausgearbeiteten Entwurfs, machte eine kurze Präsentation zum vorliegenden Thema. Sie erinnerte die Anwesenden daran, dass über 11 Millionen Menschen aufgrund des Krieges in Syrien ihre Heimat verloren hätten. Sie verurteilte die alarmierende Situation, insbesondere in Aleppo, dessen Altstadt Teil des Weltkulturerbes sei. Sie appellierte an alle involvierten Parteien, den Krieg umgehend zu beenden und internationalen Hilfsorganisationen sofort den Zutritt ins Kriegsgebiet zu ermöglichen.

Weitere sechzehn Redner ergriffen das Wort und waren sich einig, dass ein Ende der Krise dringend notwendig sei, um die schreckliche Situation für die Zivilbevölkerung – insbesondere für Frauen und Kinder – umgehend zu beenden. Sie unterstrichen zudem die Notwendigkeit der sofortigen Hilfe und Unterstützung der syrischen Bevölkerung.

Am Ende der Debatte wurde ein Ausschuss zur Ausarbeitung einer Resolution bestellt. Diese wurde am 26. Oktober von der Versammlung mit Einwänden von Syrien, Kuba und Grossbritannien genehmigt.

[Resolution siehe Beilage]

4. Hauptthema der Versammlung: Human rights abuses as precursors of conflict: Parliaments as early responders

An der dreitägigen Debatte nahmen Vertreter von 105 Parlamenten teil. Die Debatte zeigte eine Vielzahl von Möglichkeiten und Vorschläge auf, wie Parlamente eine aktive Rolle beim Schutz von Menschenrechten und der Vermeidung von Konflikten übernehmen können.

Anlässlich des 40. Geburtstages des Menschenrechtskomitees der IPU wurde der Film „*Fight for the rights of persecuted MPs – Fight for strong democratic parliaments serving the people*“ gezeigt. Die Vizepräsidentin des Komitees, Frau M. Kiener Nellen aus der Schweiz, erläuterte in Form eines chronologischen Rückblicks die Arbeit und die damit im Zusammenhang stehenden Erfolge und Herausforderungen der Kommission. Einen ganz persönlichen Bericht lieferte Frau O. Solari Yrigoyen, Enkelin von Hipolito Solari Yrigoyen, ehemaliger Senator in Argentinien, dessen Fall einer der ersten war, den das Komitee im Jahr 1977 behandelte. Weiter sprach Herr I. Mahmoud Ahmed, Sohn von zwei Parlamentariern aus Eritrea, die seit 2001 inhaftiert sind. Frau C. Roth aus Deutschland erläuterte die Anstrengungen des deutschen Gesetzgebers, um Parlamentarier aus der ganzen Welt zu unterstützen und rief die Anwesenden dazu auf, sich in diesem wichtigen Bereich ebenfalls zu engagieren.

Am 26. Oktober präsentierten die IPU und das Büro des UNO Hochkommissariats für Menschenrechte die überarbeitete Ausgabe des „*Human Rights: Handbook for Parliamentarians No. 26*“. Dieses Handbuch wurde für Parlamentarier konzipiert als ein Arbeitsinstrument für den täglichen Gebrauch und enthalte Informationen und Empfehlungen zur Umsetzung der Menschenrechte.

Den Abschluss der Debatte bildete eine Fotoausstellung mit Bildern von Opfern von Menschenrechtsverletzungen aus der ganzen Welt. Ebenso wurde eine Ausstellung von prämierten Bildern der Stiftung Alfred Fried gezeigt, freundlicherweise zur Verfügung gestellt vom österreichischen Parlament resp. der österreichischen Mission in Genf und der Edition Lammerhuber. Das Thema der Ausstellung war „*Wie schaut Frieden aus?*“

5. Standing Committee on Peace and International Security

Das Komitee hielt zwei Sitzungen ab (24. und 26. Oktober), den Vorsitz hatte die Präsidentin, Frau L. Rojas aus Mexiko. Es wurden Bürowahlen abgehalten und alle fünf vakanten Posten besetzt.

An der ersten Sitzung wurde ein Hearing mit dem Titel „*The role of parliament in preventing outside interference in the internal affairs of sovereign States*“ abgehalten. Eine entsprechende Resolution wird für die 136. IPU-Versammlung in Dhaka, Bangladesch, vorbereitet werden. 34 Mitglieder ergriffen während der Debatte das Wort. Die meisten nahmen u.a. Bezug auf die Nichteinmischung als Grundrecht. Einige drückten ihre Bedenken aus, dass dies nicht immer respektiert werde und als eine moderne Form des Imperialismus angesehen werden könne.

An der zweiten Sitzung behandelte die Kommission zwei Themen: „*The promotion of democratic accountability of the private security sector*“ und „*Comprehensive disarmament*“.

6. Standing Committee on Sustainable Development, Finance and Trade

Unter der Leitung der Präsidentin, Frau S. Tioulong aus Kambodscha, diskutierte das Komitee an der Sitzung vom 25. Oktober den Entwurf eines Ergebnis-papiers zum Parlamentariertreffen, das anlässlich der UNO Klimakonferenz vom November 2016 in Marrakesch abgehalten werden wird. Weiter wurde über das Thema der nächsten Resolution mit dem Titel „*Promoting enhanced international cooperation on the SDFs, in particular on the financial inclusion of women as a driver of development*“ debattiert. Die Thematik wurde von renommierten Experten der African Development Bank, der World Bank und des International Trade Centers vorgestellt.

Weiter hielt das Komitee eine Podiumsdiskussion zum Thema „*The role of parliaments in countering the activities of vultur funds*“ ab. Ein Experte des Europäischen Netzwerks zu Schulden und Entwicklung nahm an der Diskussion ebenfalls teil. Es wurde beschlossen, diese Thematik in eine der kommenden IPU-Versammlungen einzubringen und dort in einem grösseren Rahmen nochmals zu diskutieren.

7. Standing Committee on Democracy and Human Rights

Nachdem an der ersten Sitzung der Kommission (24. Oktober) Bürowahlen abgehalten und die neue Präsidentin, Frau B. Tshireletso aus Botswana gewählt wurde, befasste sich das Komitee mit dem vorliegenden Resolutionsentwurf mit dem Titel „*The freedom of women to participate in political processes fully, safely and without interference: Building partnerships between men and women to achieve this objective.*“ Während der Behandlung des Resolutionsentwurfes berücksichtigte das Komitee 102 Ergänzungen, eingebracht von 19 Parlamenten. Drei Vorschläge wurden vom Forum der Women Parliamentarians eingereicht. Die Resolution wurde sodann einstimmig vom Komitee und später auch von der Versammlung genehmigt.

An der Bürositzung vom 25. Oktober wurden drei Vorschläge für die nächste Resolution diskutiert. Die Kommission entschied sich aufgrund der Empfehlung des Büros schliesslich ein stimmig für den Vorschlag von Russland mit dem Titel „*Sharing our diversity: The 20th anniversary of the Universal Declaration on Democracy*“. Die entsprechende Debatte soll anlässlich der 136. Sitzung der Versammlung im April 2017 stattfinden.

Das Komitee folgte noch der Empfehlung des Büros, eine Debatte mit dem Titel „*Act now for adolescents: The role of parliamentarians in promoting adolescent health and well-being*“ an der 136. IPU-Sitzung abzuhalten. Eine Resolution hierzu solle aber nicht verfasst werden.

F Sitzung des Interparlamentarischen Rates

1. Mitgliedschaft und ständige Beobachter bei der IPU

An der Sitzung vom 24. Oktober genehmigte der Rat das Aufnahmegesuch von Swasiland, womit sich die Zahl der Mitgliedsstaaten auf 171 erhöht. Der Rat wurde über die Situation diverser Parlamente unterrichtet und nahm Kenntnis von den Empfehlungen des Exekutivkomitees bezüglich folgender Staaten: Burundi, Kambodscha, Zentralafrikanische Republik, Kongo, Eritrea, Guinea-Bissau, Haiti, Libyen, Somalia, Südsudan, Syrien, Thailand, Türkei, Venezuela und Jemen.

2. Die finanzielle Lage der IPU

Dem Rat lagen ein umfassender Bericht zur finanziellen Lage der IPU mit Stichtag 31. Juli 2016 und eine aktuelle Liste der noch ausstehenden Mitgliederbeiträge vor. Mit Datum vom 27. Oktober hatten zwei Mitglieder Zahlungsrückstände von mehr als zwei Jahresbeiträgen und müssten daher mit Sanktionen rechnen. Kongo konnte den Nachweis erbringen, dass ein Teil der ausstehenden Beiträge demnächst überwiesen werde. Honduras wurde von mehreren Mitgliedern angehalten, an einer Mitgliedschaft in der IPU festzuhalten. Es wurde daher beschlossen, bis zur nächsten Sitzungen des Rates von Sanktionen abzusehen.

Der Rat nahm zur Kenntnis, dass sich die Einnahmen und Ausgaben des ersten Halbjahres im Rahmen des Budgets bewegten und sich auch bis Ende Jahr im Rahmen bewegen sollten.

3. Budget für das Jahr 2017

Herr R. del Picchia aus Frankreich, Vorsitzender des Finanz-Subkomitees, erläuterte das Budget. Er teilte mit, dass dieses nach den neuen Beurteilungskriterien der überarbeiteten IPU-Strategie erstellt worden sei und erläuterte die wichtigsten Punkte. Im kommenden Jahr werde mit einer leichten Erhöhung der Mitgliederbeiträge um 1.5 % gerechnet werden, nachdem im laufenden Jahr ein Rückgang von 8.4 % zu verzeichnen war. Gleichzeitig konnten in anderen Bereichen gewisse Einsparungen vorgenommen werden, ohne die Tätigkeiten der IPU einschränken zu müssen. Herr R. del Picchia beantwortete weiter diverse Fragen der Mitglieder. Schlussendlich genehmigte der Rat das Budget für das Jahr 2017 in der Höhe von CHF 15'927'300.

4. IPU-Strategie 2017–2021

Der Rat genehmigte die revidierte IPU-Strategie 2017–2021, welche als Fahrplan für die nächsten 5 Jahre dienen soll. Mit dem Titel „*Strong democratic parliaments serving the people*“ unterstreiche das Dokument die Bemühungen der Organisation, um auf der ganzen Welt Entwicklung und Frieden für alle Menschen zu fördern. Die Agenda 2030 der UNO für nachhaltige Entwicklung sehe entsprechende Rahmenbedingungen vor, um die Ziele der Strategie zu erreichen.

5. Künftige interparlamentarische Konferenzen

An der Sitzung vom 27. Oktober wurden dem Rat die Ergebnisse der Prüfung der Kriterien bez. Abhaltung der 137. IPU-Konferenz in St. Petersburg präsentiert. Die definitive Zustimmung hänge aber noch vom abschliessenden Bericht ab. Die Delegation der Ukraine forderte eine namentliche Abstimmung über den Beschluss des Rates bez. Veranstaltungsort St. Petersburg. Die Abstimmung ergab folgendes Ergebnis: 138 Zustimmungen, 19 Ablehnungen und 5 Enthaltungen. Somit bestätigte der Rat seinen Beschluss, die 137. Konferenz der IPU vom 14. – 18. Oktober 2017 in St. Petersburg durchzuführen.

Weitere Sitzungstermine und –orte wurden besprochen. Zum Schluss wurde die neu überarbeitete Homepage der IPU vorgestellt. Diese sei nun dynamischer und benutzerfreundlicher, zudem sei sie jetzt in den Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Arabisch verfügbar. Dieses Projekt konnte dank der grosszügigen finanziellen Unterstützung des Nationalrates der Vereinten Arabischen Emirate umgesetzt werden.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 135. Versammlung können auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<http://www.ipu.org/conf-e/135/results.pdf>

G Sitzungen der Gruppe Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus tagte jeweils am 23., 25. und 27. Oktober 2017 und behandelte u.a. folgende Traktandenpunkte:

- a) Berichte diverser Arbeitsgruppen
- b) Diskussion bez. Abhaltung der 137. IPU-Konferenz in St. Petersburg
- c) Wahl des Präsidenten der Gruppe 12+ sowie weitere Wahlen in verschiedene Gremien
- d) Dringliches Nachtragstraktandum
- e) Aktuelle finanzielle Situation der Gruppe 12+

H Schlusswort

Anlässlich der Teilnahme an der Konferenz in Sambia besuchte die Delegation das District Hospital in Chongwe sowie das Chainama College for Health Science (CCHS) in Lusaka. Das Chainama College wird vom Liechtensteinischen Entwicklungsdienst in Zusammenarbeit mit SolidarMed Schweiz im Rahmen des Medical-Licentiate-Projekts unterstützt. Hierbei geht es um die Ausbildung von Fachhochschulärzten. Diese nicht-universitäre Berufsausbildung wurde speziell für den ländlichen Raum geschaffen. Mit-

tels zusätzlichen Anreizen (z.B. Verbesserung der Lebensqualität durch Zurverfügungstellung von adäquatem Wohnraum, Wasser, Strom etc.) wird versucht, die Abwanderung des ausgebildeten Personals in die Städte oder ins Ausland zu verhindern und so der medizinischen Unterversorgung Herr zu werden. Am District Hospital in Chongwe konnten wir das SolidarMed Projekt „Nursing und Housing“, das von der HILTI Foundation gefördert wird, besichtigen. Das Team von SolidarMed ermöglichte der Delegation einen interessanten Einblick in die Arbeit der Organisation. Gerne möchte ich mich hiermit bei den beiden Mitarbeitenden sowie beim LED für die freundliche Unterstützung bedanken.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich beim schweizerischen Botschafter Arthur Mattli für die Einladung zum Botschaftsempfang. Er bot uns die Gelegenheit, den zahlreichen geladenen Gästen sowie der schweizerischen IPU-Delegation Liechtenstein und seine besonderen Beziehungen zur Schweiz näher zu bringen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass nebst den zwei Hauptversammlungen während des ganzen Jahres zahlreiche Sonderkonferenzen stattfanden. Aufgrund der knappen Personal- und Finanzressourcen unseres Parlaments war eine Abdeckung all dieser Veranstaltungen jedoch nicht möglich.

Es ist mir ein Anliegen, am Ende der Legislaturperiode und zum Abschluss der Delegationstätigkeit auch meinem Delegationskollegen Helmuth Büchel herzlich für die angenehme und gute Zusammenarbeit in den vergangenen vier Jahren zu danken. Wertvolle und zuverlässige Unterstützung bei unserer Arbeit durften wir stets von der Delegationssekretärin Gabriele Wachter erfahren, auch ihr herzlichen Dank.

Die Delegationsleiterin

Violanda Lanter-Koller

Vaduz, 25. Januar 2017